

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Voll" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weinbergplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: bei 20 mm breite Nonparelzeile  
30 Pf., bei 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 Pf.

Nr. 148

Dresden, Dienstag den 29. Juni 1926

37. Jahrg.

## Illusionen des Zentrums

D. Berlin, 29. Juni. (Eigener Junijournal.) Die Ver-  
treter der sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion werden heute vormittag nochmals mit den Re-  
gierungsparteien über das bis jetzt völlig ungenügende Ab-  
findungsgesetz verhandeln, und anschließend soll um 12 Uhr  
die Fraktion zu einer neuen Sitzung zusammenkommen. Eine  
endgültige Entscheidung über die Haltung bei der Gesamt-  
abstimmung ist von dieser Sitzung kaum zu erwarten. Sie  
soll im wesentlichen Klarheit über die Haltung der Fraktion  
bei der Abstimmung einzelner Paragraphen schaffen. Falls  
die Regierungsparteien weitere Zugeständnisse nicht machen  
wollen, wird die Fraktion in ihrer großen Mehrheit das Gesetz  
bei der dritten Lesung zweifellos ablehnen.

Die Aussichten für weitere Zugeständnisse scheinen vor-  
läufig nicht sehr groß. Die tägliche Rundschau  
schreibt z. B. heute: "Es fragt sich sehr, ob die Sozialdemo-  
kraten mit weiteren Zugeständnissen rechnen können. In  
den Kreisen der Regierungsparteien hat man Entgegen-  
setzungen bemerkt, um eine parlamentarische Lösung der  
Zweifelfrage im Interesse der Sache zu ermöglichen. Die  
Bürgerliche Volkspartei hat aber schon gegen die bisherigen  
Zugeständnisse Bedenken geäußert und auch der Deutschen  
Volkspartei sind die Konzeptionen keineswegs leicht gefallen."

Weniger vorlaut als die Tägliche Rundschau ist das  
Blatt des Zentrums, die Germania. Sie schreibt:  
"Das Zentrum ist in Verbindung mit den übrigen Regie-  
rungsparteien beifolgt, die Kompromißverhandlungen zu einem  
raschen Ende zu führen. Neben seine Bemühungen ohne Ge-  
folg, dann dürften politische Konsequenzen ein-  
treten, die auch den Oppositionsparteien nicht an-  
nehmlich sein können. Die bisherige Verhandlung mit der Auf-  
lösung des Reichstages, die uns nur angenehme sein  
kann, wird also sehr wohl mit dem Hinweis auf politische  
Konsequenzen."

Welcher Art sie sein sollen, dürften im Augenblick weder  
die Germania noch die Regierung wissen. Aber selbst wenn  
daran der Rücktritt des Herrn Marx verstanden werden  
wolle, wird das die sozialdemokratische Fraktion nicht im  
geringsten veranlassen, ihren bisherigen Standpunkt an-  
zugeben.

Auffallend in diesem Kampf ist die Haltung der  
Deutschnationalen. Sie reden zwar von einer Ab-  
findung des Abfindungsgesetzes, aber in der Praxis tun sie  
alles, um schließlich doch noch bei der Partei zu sein. Vor-  
läufig ist die Meinung, daß in der nächsten deutschnationalen  
Fraktionssitzung bereits die Ablehnung des Gesetzes be-  
schlossen wurde, jedenfalls falls. Das bestätigt die Deutsche  
Lageschau heute mit den Worten: "Endgültige Beschlüsse  
wurden, wie zu erwarten stand, nicht gefaßt." Das Blatt  
spricht dann von der Möglichkeit, daß die Regierungsparteien,

wenn keine Verständigung mit der Sozialdemokratie zustande  
kommt, von neuem an die Deutschnationalen herantreten.  
Die Möglichkeit besteht zweifellos — aber das Ergeb-  
nis? Das Zentrum hat sich seinen Wählern und dem Volk  
gegenüber verpflichtet, "mit allen Mitteln" ein Gesetz  
zustande zu bringen, das auf die Notlage des Volkes Rücksicht  
nimmt und den Fürsten nur ausgeprägtes "Privateigentum"  
aufkommen läßt. Die Deutschnationalen  
wollen das Gegenteil. Ihr Ziel ist, den Fürsten alle von  
ihnen beanspruchten "Eigentümer" auszuliefern und so auf  
Jahre hinaus für den Inhalt ihrer Parteikassee Sorge zu  
tragen. Wie soll unter diesen Umständen ein Abfindungs-  
gesetz, das im Sinne des Zentrums liegt, möglich sein?

### Der unmögliche Regierungsentwurf

Der Sozialdemokrat schreibt:  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßt sich am  
Montag abends in mehrstündigen Verhandlungen mit dem Abfindungs-  
entwurf. Die Fraktion hat über einen Befehl über  
eine endgültige Stellungnahme vor der dritten Lesung des Gesetzes  
herbeizuführen.

Bei der Fraktionssitzung verhandelten die Vertreter der  
Sozialdemokratie in zwei Konferenzen nochmals mit den  
Regierungsparteien. Die sozialdemokratische Forderung  
auf Rückziehung des Gesetzes, soweit Vergleiche zwischen den  
Fürstentümern und den Landesregierungen bereits abgeschlossen  
sind, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt. Dagegen  
sahen sie der Forderung auf endgültigen Verzicht aller  
Rechten der ehemaligen Landesherren insofern entgegen,  
als ein Teil dieser Rechten entschädigungslos wegfallen soll; sei-  
nem anderen Teil hinsichtlich man, dem Sondergericht die Ent-  
scheidung zu überlassen. In Bezug auf die geforderte Verzichtser-  
klärung der Landesherren wurde der Sozialdemokratie zu-  
geordnet, daß ein Verzicht nur bei "Gefährdung der Staatlich-  
keit" erfolgen soll. Es handelt sich hier um nichts anderes als  
um eine Verheimlichung der Wirtschafswirtschaft  
unserer "angestammten Herrscherhäuser", bei deren öffentlicher  
Verhandlung dem Volk die Augen über seine ehemaligen Meistern  
erst recht aufgehen würden.

Was in allem das "Zugeständnis", die Verschönerung der  
Stimmung unseres Volkes, wie sie in den 15 Millionen Stimmen  
für den Sozialdemokraten zum Ausdruck gekommen ist, zu entspre-  
chen. Vorläufig besteht trotzdem nach der Möglichkeit, durch  
neue Verhandlungen wesentliche Verbesserungen des Re-  
gierungsentwurfs herbeizuführen. Aber dieser Weg kann a. E.  
nur erfolgreich beschritten werden, wenn die Regierungsparteien  
entschlossen sind, Zugeständnisse zu machen, die über das bisherige  
"Entgegenkommen" weit hinausgehen und so dem allgemeinen  
Volkswohlstand Rechnung tragen. Im andern Falle müßte die sozial-  
demokratische Fraktion dem Regierungsentwurf die Zustimmung  
verweigern.

## Anklage wider das Reichsgericht!

Wiederaufnahme für Heinrich Wands!  
Es war im Jahre 1922, Reichspräsident Ebert und  
Reichsjustizminister Radbruch führten den neuen Prä-  
sidenten des Reichsgerichts, Dr. Simons, in sein hohes Amt  
ein. Die Richter des höchsten deutschen Gerichts, die Mit-  
glieder der Reichsanwaltschaft und die Rechtsanwälte am  
Reichsgericht waren im großen Saale des Ballotbaues an  
der Pleiße versammelt. Die bei solchen Gelegenheiten üb-  
lichen Reden wurden gehalten. Eine fiel auf — es war die  
Antwort des Sprechers der Reichsrichterschaft an den Prä-  
sidenten des Reichs. Sie war bezeichnend, einmal, weil sie  
das ominöse Wort Republik sorglich verriet, vor allem aber,  
weil sie eine etwas auffällige Mahnung an den Reichsprä-  
sidenten war, die Politik von der Schwelle des höchsten Ge-  
richts fernzuhalten. Dem unbefangenen, von allen Lage-  
strömungen und Tagesstreit, von allem politischen Haber, in  
unbeirrbarer Objektivität solle es die hohe Aufgabe erfüllen,  
das reine Recht zu finden.

Dieser Kommissar auf das objektive Reichsgericht wurde,  
wie gesagt, im Jahre 1922 gelungen. Die Staatsminister  
waren bis auf den einen Jagow vom selbigen Gericht als  
Richtführer im Kapp-Unternehmen qualifiziert und un-  
gekränkt entlassen worden, und die Zehnerliste der  
Brigade Kallod, die in den Kapptagen in Preußen mehrere  
Gefangen, die sich verweigerten, die Republik gegen  
Herrn Kapp zu schützen, in wieshafter Weise mißhandelt  
hatten, waren vom selbigen höchsten Gericht als Verleü-  
bte politischer Delikte qualifiziert worden, auf das sie der  
Amnestie teilhaftig werden konnten. Während Demo-  
stranten, die bei einer Kundgebung gegen die Kappverbrecher  
in der Wohnung eines der Kapp-Sympathie Verdächtigen  
Verwundungen verübt hatten, wiederum von demselben  
höchsten Gericht nicht als politische Verbrecher angelesen  
worden waren und also ihre Strafe abgeben mußten, ganz  
abgesehen von der Rolle des Reichsgerichts in der kaiserlichen  
Zeit, kam einem um dieser seiner Taten in der neuen Um-  
sturzperiode das Hohelied vom braven, unpolitischen Reichs-  
gericht gar nicht in die Ohren.

Aber niemals ist mir der uralte Kontrast der feier-  
lichen Rede jenes Reichsgerichtsrates zum bittersten Wirk-  
lichkeit schneidender durch die Seele gegangen, als in der  
Stunde, da ich Heinrich Wands' schmales "Recht los", worin er  
die Defizienten aufruft, Recht zu finden in seiner Sache  
wider das Reichsgericht.

Der Herr Wands ist bekannt — er ist durch die Be-  
auftragung nicht erledigt. Dem die Justizbureaukratie hält  
an der Behauptung, daß Wands zu Recht verurteilt worden  
sei, mit eiserner Stirn fest, und der Reichsjustizminister Marx  
hat sich dazu hergegeben, diese verneinliche Unterstellung im  
Reichstag zu vertreten, weil er sich verpflichtet fühlt, die  
Autorität der Gerichte zu wahren. Wands kämpft gegen die  
Zusammenlegung, die ihm durch die Verteidigung des Urteils  
angetan wird, er kämpft um das Wiederaufnahmeverfahren.  
Und er ficht mit fürchtbaren Waffen. Die 3 Seiten seiner  
Schrift sind eine zermalende Anklage wider das Verfahren,  
dessen Opfer er wurde, wider das Gericht, das ihn, geborgen  
vor der Kontrolle der öffentlichen Meinung hinter der  
doppelten Mauer des Ausschlusses der Öffentlichkeit und  
des strengen Schweigegebots, zu langjähriger Zuchthaus-  
strafe verurteilte, von der er zwei Jahre verbüßte. Wands  
gibt eine knappe Schilderung des Verfahrens, im wesent-  
lichen der Hauptverhandlung vor dem Reichsgerichtern. Man  
kann nicht feststellen, ob diese Schilderung in allem zu-  
treffend und erschöpfend ist. Aber wenn auch nur ein Teil  
davon richtig ist — er genügt, um das Blut in den Adern  
gerinnen zu lassen und das Herz zum Galopp tempo zu  
wecken. Dieser Bericht ist eines der erschütterndsten und  
fürchterlichsten Dokumente, die je über den deutschen Richter  
geschrieben worden sind. Beweis, die unbegrenzt brutale  
Weise, in der sich politischer Haß im Falle Heubach un-  
bekümmert um den Ruf der Justiz ausstobte, ist nicht zu  
übertreffen. Aber jener Haß spielte vor einem bairischen  
Volksgericht, und das erklärt alles. Im Falle Wands  
aber handelt es sich immerhin um das höchste Gericht der  
deutschen Republik, um jene juristische Körperlichkeit, die sich  
stets feierlich die höchste Objektivität, die Erhabenheit über  
alle politische Leidenschaft attestiert hat. Und dazu hatte  
man die Schilderung Wands'. Gleich zu Beginn folgt man  
auf die folgende Stelle:

"Nachdem der Vorsitzende auf das ausdrückliche Ver-  
langen Dr. Rosenfelds festgestellt hat, daß Wands wegen nichts  
andere angeklagt ist als wegen der Entgegennahme des so-  
genannten Dokuments Deutscher und Helise zu dessen  
Veröffentlichung in dem Buche "Blasenpolitik", ergänzt die  
eigentliche Verhandlung, indem Reichspräsident Paul ein  
Kapitel aus "Etappe Gent" verliest, und zwar dasjenige, das  
den Vorbehalt eines Feindes von Reichsrichter  
Wands: Herr Präsident! Sie sagten doch eben, die  
"Etappe Gent" lese hier nicht unter Anklage!  
Dr. Rosenfeld: Ja, das gehört doch nicht hierher!  
Vorsitzender Paul: Gewiß doch, es gehört zur  
Charakteristik des Angeklagten! (Er verliest das Kapitel von An-  
fang bis Ende.)

Wands: Herr Präsident! Ich bitte, daß nun auch das  
Kapitel "General Wolfgang von Ungar" zur Verlesung gelangt,  
damit die Zuhörer schließen können, daß ich gerecht und wahr-  
heitsliebend war und das Verdienst, wo ich es fand, warm an-  
erkannte!

## Warum fehlten fünf Millionen?

Der Ausgang des Volksentscheids stellt die arbeitenden Massen vor neue schwere Kämpfe.  
Die bürgerlichen Parteien haben noch immer kein Fürstenabfindungsgesetz zustande gebracht und  
überhören die Stimmen der 14 1/2 Millionen. Reichstagsauflösung oder ein zweiter Volksentscheid  
stehen vor der Tür. Wer soll siegen: Die Gabler der Fürsten oder das Volk?! So lautet noch  
immer die brennendste Frage der Gegenwart.

Warum fehlten am 20. Juni 5 Millionen Stimmen? Weil die bürgerlich-republikanischen  
Parteien feig waren, weil reaktionärer Terror und Schwindel sich breitmachen konnten, weil  
das reaktionäre Lager begünstigt wurde durch den übergroßen Teil der bürgerlichen Presse.

Die gesamte bürgerliche Presse Dresdens und seiner Umgebung stieß in das Horn der  
Fürstenknechte. Die Dresdner Neuesten Nachrichten, das "liberale, unparteiische" Blatt, brachten  
nicht einen unparteiischen Artikel, wählten sich gegen den Volksentscheid. Der Dresdner Anzeiger,  
der aus den Mitteln der neutralen Gänge-Stiftung gespeist wird, wütete gegen den Volksentscheid,  
wie es das reaktionärste deutschnationale Blatt, wie es die Dresdner Nachrichten nicht  
hegerischer vermochten.

## Nur die sozialistische Presse setzte sich für die Sache des Volkes ein!

Aber ihre Stimme reichte nicht weit genug, denn die Lesermassen der kapitalistischen Presse  
zählen nach Hunderttausenden. Männer und Frauen des Volkes, ist euch dieses eine Beispiel  
nicht lehrreich genug?! Jagt es denen, die ihre Feinde noch immer finanzieren, indem sie  
kapitalistische Blätter abonnieren, nicht die Schamröde in die Wangen?

Genossen und Genossinnen, die ihr monatlang im Kampfe gegen Fürstenraffgier standet,  
sorgt dafür, daß der fürstenfrommen, kapitalistisch verfeuchten, neutral tuenden Presse beim  
Quartalswechsel allerhand Quittungen für ihr volkschädigendes Treiben ausgestellt werden!  
Stärkt die Schlagkraft der sozialdemokratischen Presse, werbt Leser für die

## Dresdner Volkszeitung

Heinrich Wands, Das Justizverbrechen des  
Reichsgerichts an dem Verfasser der "Etappe  
Gent". Verlag "Der Syndikalist", Reich Anz., Berlin O 34,  
Preis 50 Pf.